



Sozialamt

18.09.2024

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Frau Remmers

Telefon: 492-7052

Remmers@stadt-muenster.de

Herr Lembeck

Telefon: 492-5040

Lembeck@stadt-muenster.de

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Betrifft

Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof

Beratungsfolge

09.10.2024	Rat	Einbringung
12.11.2024	Bezirksvertretung Münster-Mitte	Anhörung
13.11.2024	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung	Vorberatung
28.11.2024	Ausschuss für Personal, Digitalisierung, Organisation, Sicherheit und Ordnung	Vorberatung
03.12.2024	Betriebsausschuss Münster Marketing	Vorberatung
04.12.2024	Ausschuss für Wohnen, Liegenschaften, Finanzen und Wirtschaft	Vorberatung
11.12.2024	Hauptausschuss	Vorberatung
11.12.2024	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Rat

1. nimmt den in der Begründung dargestellten Bericht zu den verschiedenen Aspekten zur Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof Münster zur Kenntnis und
2. beschließt, dass der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion und der Volt Ratsgruppe Münster an den Rat Nr. A-R/0027/2023 damit beantwortet ist.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die im Zusammenhang mit der Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof Münster angefallenen und noch anfallenden Kosten sind grundsätzlich im Haushalt der Stadt Münster enthalten.

Sollten sich für eine Umsetzung von Maßnahmen bislang nicht veranschlagte Finanzbedarfe ergeben, werden diese nach Möglichkeit im zur Verfügung stehenden Budget der betreffenden Ämter bzw. Dezernate aufgefangen.

Begründung:

I. Einleitung

Mit dieser Vorlage soll ein Bericht gegeben werden über die Entwicklungen im Umfeld des Hauptbahnhofes. Hintergrund war die negative Entwicklung von verschiedenen Orten in Bahnhofsnähe im Sommer 2022, die zu einer erhöhten Beschwerdelage und einem negativen Erscheinungsbild im öffentlichen Raum geführt hatte. Der Bericht nimmt zunächst kurz Bezug auf das Integrierte städtebauliche Stadtentwicklungskonzept Münster-Innenstadt (INSEK Münster-Innenstadt, 2023).

Im Weiteren wird dann eingegangen auf Zielsetzungen, Strategien und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Umfeld des Hauptbahnhofes.

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Münster-Innenstadt (INSEK Münster-Innenstadt, 2023)

Im März 2023 hat der Rat der Stadt Münster das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept Münster-Innenstadt (INSEK Münster-Innenstadt, 2023) beschlossen (s. Vorlage V/0762/2022). Darin sind sechs zentrale Handlungsfelder mit dazugehörigen Leitziele sowie zahlreiche Maßnahmen zur Zukunftsgestaltung der Innenstadt enthalten.

Im INSEK Münster-Innenstadt sind auch einige räumlich verortbare sowie programmatische Maßnahmen enthalten, die den Stadtraum rund um den Hauptbahnhof betreffen. Beispielhaft zu nennen sind die Maßnahmen

- M 2.16 Umgestaltung des Hamburger Tunnels als Verbindungsachse zwischen Altstadt und Hansator/Ost-Seite Bahnhof,
- M 2.17 Umgestaltung Berliner Platz/Bahnhofsvorplatz,
- M 2.18 Umgestaltung der Windthorststraße als einladender Zugang zur Altstadt,
- M 4.59 Erstellung „Konzept gegen Angsträume“,
- M 4.66 Förderung „bezahlbarer“ Immobilienangebote für Beratungsstellen zu sozialen Belangen“,
- M 4.62 Weiterentwicklung, Verbesserung und Bekanntmachung der Angebote an Aufenthaltsmöglichkeiten in nicht-kommerziellen Innenräumen,
- M 3.30 Maßnahmen des Zentrenmanagements zur Stärkung der B-Lagen der Innenstadt und
- M 6.88 Weiterentwicklung und Stärkung von privaten Quartiersgemeinschaften.

In seiner Sitzung am 19.06.2024 hat der Rat eine Auswahl von Maßnahmen des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Münster-Innenstadt festgelegt, die für eine Beantragung von Städtebaufördermitteln für den Zeitraum 2025 - 2035 für den Bereich der Innenstadt priorisiert werden, darunter die Maßnahme M 2.16 „Umgestaltung Hamburger Tunnel“.

Ausgangssituation

Bahnhofsviertel sind bunt - in ihnen treffen Menschen mit vollkommen unterschiedlichen Wertevorstellungen, Lebenssituationen und Bedürfnissen aufeinander. Durch Anonymität und eine starke Frequentierung sind sie häufig Kriminalitätsschwerpunkte bzw. gelten als Orte, an denen für viele Menschen ein mangelndes (subjektives) Sicherheitsempfinden besteht oder bestimmte Plätze in Bahnhofsumgebung als Angstraum wahrgenommen werden.

In Münster verschlechterte sich die Situation im Bahnhofsumfeld im Sommer 2022; die Beschwerdelage nahm deutlich zu. Während auf der Ost-Seite, am Bremer Platz, regelmäßig die „angestammte Drogenszene“ zugegen war und weiterhin ist, gab es auf der West-Seite - und zwar insbesondere in der Windthorststraße und im Promenadenbereich, Engelenschanze, Von-Vincke-Straße und am Serватиiplatz - Probleme mit Lärmbelästigung, Vermüllung, erhöhter (organisierter) Kriminalität und offenem Drogenkonsum sowie -verkauf.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass auch in Münster ein stark verändertes Konsumverhalten innerhalb der Drogenszene beobachtet werden muss. In den vergangenen Jahren drängen vornehmlich synthetische Drogen auf den Markt. In Münster hat sich wie in vielen anderen Städten der Konsum von rauchbaren Kokain-Derivaten wie Free Base und Crack (im Folgenden unter dem Terminus „Free Base“ zusammengefasst, da dies die dominierende Droge in der Szene zu sein scheint) deutlich ausgebreitet. Häufig wird Ammoniak zum Aufkochen der Droge genutzt, anschließend werden die so hergestellten Kristalle mittels einer Glaspfeife oder anderen Hilfsmitteln geraucht. Die Wirkung tritt unmittelbar nach dem Konsum ein, der Rausch hingegen hält meist nicht länger als wenige Minuten an. Wegen des extremen Abhängigkeitspotenzials der Droge entsteht direkt der Druck, einen weiteren Konsumvorgang einzuleiten. Schon seit einigen Jahren dominiert Free Base den Markt der offenen kommunalen Drogenszene. Personen mit problematischem Konsum zeigen häufiger unangepasstes und aggressives Verhalten, so dass die Betroffenen als Belastung im öffentlichen Raum wahrgenommen werden und auch niedrigschwellige Drogenhilfeeinrichtungen an ihre Grenzen kommen.

Ein Großteil der Free Base-Konsumierenden gehörte bereits in der Vergangenheit der Drogenszene an. Vereinzelt sind auch minderjährige bzw. junge erwachsene Erstkonsumierende zu verzeichnen, meist junge Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße.

Die „Free Base-Szene“ zeichnet sich durch eine hohe Unruhe aus. Sie wird von der Stadtgesellschaft im Vergleich zur „Heroin-Szene“ als besonders störend wahrgenommen. Vor allem mehrtägiges Konsumverhalten begünstigt die subjektiv unerwünschten Verhaltensweisen. Lange Konsumphasen bringen vielfältige Schwierigkeiten im sozialen Miteinander mit sich. Dazu gehören Aggressivität, Gewaltbereitschaft und/oder Beschaffungsdruck und -kriminalität. Auch erhöhte Lautstärke im szeneeinternen Miteinander sorgt für mehr Sichtbarkeit im Stadtbild, wodurch das Sicherheitsempfinden in der Folge abnimmt.

Der Zugang zu Personen, die diese Drogenart konsumieren, ist extrem erschwert. Es gibt nur sehr kleine Zeitfenster, in denen ein Zugang überhaupt gelingen kann. Durch den intensiven Drang, den nächsten Konsumvorgang einzuleiten, können Betroffene grundlegende Bedürfnisse wie Essen, Trinken, Körperhygiene oder Schlafen, bei starker Abhängigkeit tagelang, vernachlässigen. Der Konsum kann zu gravierenden gesundheitlichen Folgen führen.

Als Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen sprach sich die Gesundheitsministerkonferenz der Länder im Juli 2023 für ein entsprechendes Forschungsprojekt auf Bundesebene aus. Bisher sind sehr wenige oder in Teilen konträre Forschungsergebnisse zu Konsum und Abhängigkeitsmustern vorhanden; deshalb sind bislang kaum Interventionsmöglichkeiten entwickelt. Ob und wie sich die Situation auch durch neue synthetische Stoffe verändern oder gar verschärfen wird, bleibt abzuwarten.

Kurz erwähnt werden soll auch die veränderte Drogen-Händlerszene. Drogenkriminalität richtet einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden an. Nach dem aktuellen Europäischen Drogenbericht aus dem Jahr 2024¹ ergibt sich, „dass die Auswirkungen des Konsums illegaler Drogen mittlerweile fast überall in unserer Gesellschaft zu beobachten sind. (...) Auf nationaler Ebene sind die Auswirkungen von Drogenproblemen offenkundig und verschärfen andere komplexe politische Probleme wie Obdachlosigkeit, den Umgang mit psychiatrischen Erkrankungen und die Jugendkriminalität. In einigen Ländern sehen wir auch eine Zunahme von Gewalt und Korruption aufgrund der Situation auf den Drogenmärkten.“

¹ https://www.euda.europa.eu/publications/european-drug-report/2024/drug-situation-in-europe-up-to-2024_de

Trotz vermehrter Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenhandels werden die Methoden, die von in diesem Bereich agierenden internationalen kriminellen Netzwerken angewandt werden, immer ausgefeilter.

Anlass der Vorlage - Ratsantrag A-R/0027/2023 zu Verbesserungen der Situation rund um den Hauptbahnhof

Mit ihrem gemeinsamen Antrag an den Rat vom 06.06.2023 (Nr. A-R/0027/2023, s. Anlage 1 der Vorlage) stellen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die SPD-Fraktion und die Volt Ratsgruppe Münster mit verschiedenen Handlungsvorschlägen Möglichkeiten dar, wie die Sicherheit und die Aufenthaltsqualität rund um den Hauptbahnhof zusammen mit einem gut abgestimmten sozialen Konzept wiederhergestellt und aufrechterhalten werden können.

Die Verwaltung nimmt mit diesem Bericht Stellung zu den Einschätzungen der im Antrag aufgelisteten Aspekte und stellt konkrete Maßnahmen vor, um eine positive Entwicklung im Umfeld des Hauptbahnhofs durch kurz-, mittel- und langfristige Lösungen bzw. Lösungsansätze herbeizuführen.

Dieser Bericht ist unter Beteiligung verschiedener städtischer Ämter erstellt worden und beinhaltet auch Aspekte, die in gemeinsamen Workshops mit dem Polizeipräsidium Münster in den letzten Monaten intensiv erarbeitet wurden.

Gleichzeitig orientiert der Bericht sich dabei auch an dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Forschung der zivilen Sicherheit“ geförderten Verbundprojekt „Sicherheit im Bahnhofsviertel - SiBa“ (2017 bis 2020).² In diesem auch von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention unterstützten Programm wurden praxistaugliche Präventionskonzepte für Kommunen entwickelt und in einem Werkzeugkasten zur (Kriminal-) Prävention zusammengefasst, der ebenfalls über den in der Fußnote beigefügten Link der Universität Tübingen aufrufbar ist.

Sofortmaßnahmen sowie erste strategische Überlegungen zum Vorgehen

Um der im öffentlichen Raum verschlechterten Situation entgegenzutreten, wurden durch konzertierte Aktionen von Stadtverwaltung und/oder Polizei zunächst verschiedene Ad-hoc-Maßnahmen (Abbau von Ruhebänken, angepasste Beleuchtung, Grün-Rückschnitt, Errichtung von Sperren, erhöhte uniformierte Präsenz) ergriffen, um die aufgetretenen Probleme in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig wurden und werden neben kurzfristig durchgeführten Maßnahmen auch mittel- und langfristige Strategien für Lösungen identifiziert, diskutiert und umgesetzt.

Kerngruppe der Ordnungspartnerschaft „Hauptbahnhof/Illegale Drogen“

Für den Bereich Bremer Platz wurde im Dezember 2022 die sogenannte Kerngruppe der Ordnungspartnerschaft „Hauptbahnhof/Illegale Drogen“ reaktiviert. Beteiligte an der vom Dezernat für Soziales und Kultur geleiteten Kerngruppe sind das Quartiersmanagement des Sozialamtes, die Polizei, das Ordnungsamt, das Drogenhilfezentrum INDRO e.V. und die städtische Drogenberatung im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, das Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit sowie das Amt für Kommunikation. Bei Bedarf werden weitere Beteiligte hinzugezogen.

In den Austauschrunden werden die tagesaktuellen Entwicklungen im Bereich Hauptbahnhof/Bremer Platz in den Blick genommen und von den jeweiligen Teilnehmenden berichtet, so dass zeitnah ein transparenter Informationsfluss gegeben ist. Im Bedarfsfall können schnell Absprachen und Maßnahmen getroffen werden, die sich an der Thematik des SiBa orientieren. Beispielsweise wurden dort Entscheidungen über eine Verbesserung der jeweiligen Baustellensituation, der Beleuchtung oder über eine Erhöhung von Reinigungszyklen gefasst oder die Beantwortung von Beschwerden abge-

² <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/juristische-fakultaet/lehrstuehle-und-personen/lehrstuehle/lehrstuehle-strafrecht/stiftungsprofessur/haverkamp-rita/projekte/siba/>

stimmt. Je nach Bedarf finden auch Treffen im wöchentlichen Rhythmus und/oder vor Ort statt, um bei festgestellten oder gemeldeten (in der Regel negativen) Geschehnissen Einschätzungen der Situation vorzunehmen und so schnell wie möglich Lösungen zu finden sowie Absprachen zur konkreten Umsetzung zu treffen.

Die Praxis zeigt, dass es vor Ort um sich stetig wandelnde Situationen geht, die immer neue flexible Anpassungen erfordern. Zu behandelnde Themen sind der Örtlichkeit entsprechend häufig Beschwerden durch Anliegerinnen und Anlieger, Ruhestörungen, aggressives Verhalten oder erhöhte Gewaltbereitschaft von Personen, die sich im Quartier aufhalten. Ebenso geht es oft um Drogenkonsum, Aufenthaltsflächen der Szenen mit Drogenverkauf und Beschaffungskriminalität sowie die Themen Sauberkeit und Vermüllung, Lagerstätten und Sperrmüll. Das Ganze ist gepaart mit den Auswirkungen vieler baulicher Maßnahmen, die den gesamten Bereich kennzeichnen. Vor allem die Möglichkeit, ad hoc und vor Ort bereits Entscheidungen über Maßnahmen zu treffen und sie unmittelbar umzusetzen, hat sich als sehr zielführend erwiesen. In Abhängigkeit von Entwicklungen und Beschwerdelagen wird die Arbeit der Kerngruppe daher in bewährter Form fortgeführt.

Verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Stadtverwaltung

Anfang 2023 gab es zwischen Stadtverwaltung und Polizeipräsidium Gespräche, um konkrete Aktivitäten beider Behörden in einem gemeinsamen Handlungs- und Maßnahmenkonzept weiterzuentwickeln.

Im Frühjahr und Sommer 2023 fanden auf Einladung der Sozialdezernentin und des Ordnungsdezernenten mehrere Gespräche mit Anwohnenden statt, um über die aktuelle Situation insbesondere auf der West-Seite des Bahnhofs zu informieren und die Lösungsansätze zu erörtern.

Gemeinsame Workshops mit dem Polizeipräsidium sowie weiteren Institutionen

Als weiteren Schritt luden Polizeipräsidentin und Oberbürgermeister im Herbst 2023 zu einer Reihe von interdisziplinären Workshops rund um den Hauptbahnhof ein. Diese basierten auf einem integrierten Sicherheitsverständnis, das heißt, Sicherheit wird ganzheitlich über Zuständigkeitsgrenzen hinweg verstanden. Gemeinsam sollten Maßnahmen auf Grundlage einer Problem- und Ursachenanalyse identifiziert und vereinbart werden, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und die objektive Lage zu verbessern. Der erste Workshop fand im Oktober 2023 unter Beteiligung von Stadt, IHK, ISG Bahnhofsviertel e.V., Wirtschaftsförderung Münster GmbH und Polizeipräsidium Münster statt. Nachdem Sachstand und Lage sowie das Vorgehen im Workshop abgestimmt waren, ging es bei diesem ersten Treffen um eine Problembeschreibung, eine sich anschließende Ursachenanalyse und schließlich darum, Lösungsmöglichkeiten und Maßnahmen zu identifizieren.

In einem zweiten Workshop im Dezember 2023 wurden unter Beteiligung der Arbeitsebene die wesentlichen Maßnahmen und Lösungsansätze aus der jeweiligen fachlichen Betrachtung bewertet und anschließend gesammelt sowie thematischen Schwerpunkten zugeordnet, um im weiteren Prozess Möglichkeiten zur Umsetzung zu untersuchen sowie Zielsetzungen und Zuständigkeiten zu konkretisieren.

Im bislang letzten Workshop, der im Februar 2024 stattfand, wurden von Polizei, Stadtverwaltung und den externen Beteiligten die bisherigen Ergebnisse den verschiedenen Zuständigkeiten konkret zugeordnet, um „Aufträge“ für die Teilnehmenden zu entwickeln.

Einigkeit besteht darin, dass durch die in den Workshops angestoßenen und/oder fortgeführten Prozesse zur Verbesserung der Situation im Bahnhofsumfeld keine (Parallel-) Entwicklungen entstehen sollen, die dem gesamtstädtisch erarbeiteten INSEK Münster-Innenstadt (s. o.) als durch den Rat legitimierte Konzept für Münsters Innenstadt (inklusive Bahnhofsviertel) entgegenlaufen.

Es zeichnete sich ab, dass für die Stadt daraus unmittelbar Maßnahmen in den folgenden aus dem SiBa abgeleiteten Themenbereichen umgesetzt werden oder als zukünftige Strategie resultieren können, die nun weiter im Detail beschrieben werden:

- Kommunikation, Beschwerdemanagement, Bürgerbeteiligung,
- Sicherheit/Ordnung,
- Sauberkeit,
- Attraktivität des Bahnhofsumfelds und
- Suchtberatungs-, Konsum- und Therapieangebote.

Im Rahmen der nachfolgenden Ausführungen werden auch die Fragestellungen aus dem Ratsantrag beantwortet.

II. Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof

1. Kommunikation, Beschwerdemanagement, Bürgerbeteiligung

Um zeitnah auf negative Veränderungen im Stadtraum reagieren zu können, haben sich Dialogstrukturen mit Bürgerinnen und Bürgern und involvierten Akteur/-innen im Bahnhofsviertel bewährt, um Handlungsansätze abzuleiten und notwendige Maßnahmen zu initiieren. Einen Überblick über die bestehenden und vorbereiteten Kommunikationsstrukturen bietet das Schaubild in der Anlage 2. Bei der Erfassung und Beschreibung der Problematiken im Bahnhofsumfeld zeigt sich, dass es Unterschiede auf der West-Seite und auf der Ost-Seite des Bahnhofes gibt und zwar sowohl in Bezug auf die dort anzutreffenden „problematischen“ Personengruppen als auch im Hinblick auf existierende soziale Angebote.

a) Bahnhof-Ost-Seite

Im Rahmen der Aufwertung der Bahnhof-Ost-Seite durch das Investorenprojekt „Hansator“ wurde ein Quartiersmanagement für den Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz installiert. Unterschiedliche Dialogformate haben sich positiv bewährt.

Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz

Das Quartiersmanagement hatte zunächst die Aufgabe, die Neugestaltung des Stadtraums Bremer Platz zu begleiten, einen qualifizierten Dialog zu allen Beteiligten herzustellen und so ein breit aufgestelltes Beteiligungsverfahren zur Umgestaltung des Bremer Platzes zu initiieren. Zu diesen Beteiligten gehören Anwohnende, szenezugehörige Personen, Gewerbetreibende, Immobilien-besitzende, Reisende, die Deutsche Bahn, Ordnungsbehörden, andere Ämter, freie Träger mit und ohne Bezug zur Szene, Vertretende der Politik, Ehrenamtliche und interessierte Einwohnende.

Das Quartiersmanagement hat einen Runden Tisch gegründet und verschiedene Dialogverfahren etabliert, um so einen aktiven Austausch zu allen Adressat/-innen sicherzustellen. Dabei sind die jeweiligen Zuständigkeiten transparent. Die Austauschformate sind institutionalisierte Foren, um eine stetige und gut funktionierende Vernetzung der verschiedenen Akteure sicherzustellen.

Das Quartiersmanagement übernimmt hier die Rolle der Moderation und informiert allparteilich über die Ergebnisse anderer Arbeitsgruppen. Regelmäßig berichtet das Quartiersmanagement an die Ordnungspartnerschaften „Hauptbahnhof/Illegale Drogen“. Mit seinem Quartiersbüro am Standort Bremer Platz 44a ist das Quartiersmanagement im Stadtraum der Bahnhofs-Ost-Seite präsent und informiert über die aktuellen Entwicklungen im und um den Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz.

Das Quartiersmanagement spielt eine besondere Rolle bei den inzwischen initiierten Verfahren, mit denen auf Entwicklungen im Bereich Hauptbahnhof/Bremer Platz ad hoc und verwaltungsintern wie extern vernetzt reagiert werden kann. Mit dem breit angelegten Beteiligungsprozess am Runden Tisch und den damit verbundenen Dialogverfahren wurde die Planung zu der Neugestaltung des Bremer Platzes in einem demokratischen Interessenausgleich entwickelt. Der Runde Tisch für den Stadtraum Bremer Platz erfüllt für die Ordnungspartnerschaft eine seismographische Funktion für die Entwicklungen im Stadtraum, insbesondere zu den Themengebieten Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Das Quartiersmanagement wird zukünftig die Nutzung der öffentlichen Grünfläche im Blick behalten. Mit der Belebung des Bremer Platzes soll ein Imagewandel herbeigeführt und das subjektive Empfinden von Sicherheit positiv bestärkt werden. Bei diesem Prozess sind Investor/-innen, Akteur/-innen und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger über unterschiedliche Austauschformate involviert.

Mobile Quartiersarbeit

Die auf Initiative der Gremien am Runden Tisch und des Werkstattbeirats im Werkstattverfahren zur Neugestaltung des Bremer Platzes neu geschaffene mobile Quartiersarbeit hat den Ansatz einer zugehenden sozialarbeiterischen und niedrigschwelligen Arbeit. Neben einer repressiven Ansprache der Szenen durch Polizei und Ordnungsbehörde nimmt eine solche begleitende aufsuchende Arbeit auch umliegende Aufenthaltsorte im Bahnhofsviertel in den Blick. Die mobile Quartiersarbeit liefert wichtige Basisinformationen wie z. B. Hinweise zu aktuellen Beschwerdelagen, Stimmungslagen bei Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Szenezugehörigen, zur Anzahl von Personen in verschiedenen Bereichen, zu möglichen Verschiebungen aber auch Bedarfslagen der Szene.

Daraus resultiert die Handlungskompetenz, schnell und konkret auf festgestellte Probleme reagieren zu können, beispielsweise indem die mobile Quartiersarbeit auch aktiv Missstände wie z. B. das Lagern in Hauseingängen oder auf dem Bremer Platz anspricht und bei Bedarf das Ordnungsamt involviert. Sie stellt zudem den Kontakt zu allen relevanten Akteur/-innen im Quartier her und unterscheidet sich so von anderen, einzelfallbezogenen Angeboten der aufsuchenden sozialen Arbeit.

b) Bahnhof-West-Seite

Im Rahmen der durchgeführten Workshops zwischen Polizei und Stadtverwaltung sowie weiteren Beteiligten kristallisierte sich recht schnell heraus, dass es eines regelmäßigen Dialogformates (auch) für die West-Seite des Bahnhofes bedarf.

Dazu ist vereinbart worden, einen „Runden Tisch für die West-Seite des Bahnhofsviertels“ zu organisieren, um einen regelmäßigen Austausch über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmen zu ermöglichen. Zielsetzung des Arbeitskreises ist das Ansinnen, das Bahnhofsviertel zu einem sicheren und attraktiveren Stadtraum zu entwickeln.

Die Moderation übernehmen die Leitungen von Ordnungsamt und Münster Marketing, wobei die Geschäftsführung und das Einladungsmanagement bei Münster Marketing liegen.

Zu den nicht öffentlichen Sitzungen sollen neben Vertreterinnen und Vertretern der Stadt, Polizei und Verbänden auch Geschäftstreibende, Gastronom/-innen und Immobilieneigentümer/-innen eingeladen werden. Ein erstes konstituierendes Treffen des Runden Tisches fand am 26.06.2024 statt.

2. Sicherheit und Ordnung

Das Bahnhofsviertel ist seit vielen Jahren ein Kriminalitätsschwerpunkt in der Stadt, der die zuständigen Behörden vor große Herausforderungen stellt. Neben der Polizei, die vor allem Straftaten verfolgt, ist auch das Ordnungsamt im Rahmen seiner Zuständigkeiten wichtiger Partner für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Insbesondere der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) ist vor Ort ständiger Ansprechpartner und handelnder Akteur. Der Wunsch aus der Bevölkerung nach mehr

uniformierter Präsenz zielt daher neben der Polizei auch auf den KOD der Stadt, um das Sicherheitsempfinden zu erhöhen.

Ein bedeutender Faktor für ein erfolgreiches Handeln der Behörden in den hier angesprochenen Themenfeldern stellt ihre gute Zusammenarbeit dar. Nur durch intensive Kommunikation und darauf basierender Kooperation von Polizei, städtischer Ordnungsbehörde und Justiz, aber auch anderer Akteure, insbesondere dem Quartiersmanagement, können die mehrdimensionalen Herausforderungen der Sicherheitslage im Bahnhofsviertel bewältigt werden. Hierzu arbeiten die Akteure in verschiedenen Abstimmungsebenen und Gremien vertrauensvoll zusammen.

Beispielhaft genannt sei an dieser Stelle das Gemeinsame Informationszentrum beim Polizeipräsidium Münster (GIZ). Zielsetzung des GIZ ist es, die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger durch die Früherkennung potentieller „Brennpunkte“ im öffentlichen Raum zu stärken und geeignete Interventionsmaßnahmen einzuleiten. Neben Teilnehmenden aus den unterschiedlichen Bereichen im Polizeipräsidium sind auch Vertreter/-innen der Stadtverwaltung Teilnehmende an den regelmäßigen Sitzungen, die anlassbezogen oder in einem sechswöchigen Rhythmus stattfinden.

Beispielsweise erstellt die Polizei in Abstimmung mit der Stadt aktualisierte Szenebeschreibungen und stellt diese im GIZ regelmäßig vor. Damit ist sichergestellt, dass alle Teilnehmenden dieselbe Situationsbeschreibung vorliegen haben und darauf fußend ihre jeweiligen strategischen Entscheidungen und konkreten Maßnahmen unter Abwägung der Verhältnismäßigkeit treffen können.

Exemplarisch soll aufgezeigt werden, mit welchen Maßnahmen auch die Ordnungsbehörde zu einer Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof beigetragen hat und weiterhin beiträgt:

Neben der etablierten Zusammenarbeit zwischen sozialer Arbeit und KOD arbeitet das Ordnungsamt bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen eng mit dem Polizeipräsidium zusammen. Mit Blick auf Entwicklungen im Umfeld des Hauptbahnhofs und insbesondere auch der Promenade hat das Ordnungsamt zusammen mit anderen städtischen Ämtern sowie den Stadtwerken auf das subjektiv wahrgenommene Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen, abgestimmten Einzelmaßnahmen reagiert. U. a. wurde im vergangenen Jahr die Beleuchtung in der „kleinen Bremer Platz Straße“ (Straße zwischen INDRO und Parkhaus) und auf der Parkfläche an der Von-Vincke-Straße verbessert, störendes Lagern in einem Abschnitt der Promenade und auf dem Servatiiplatz durch Abbau von Sitzbänken beseitigt und Angsträume in Wegebeziehungen durch Maßnahmen im Bereich des Rondells am Hotel Mauritzhof beseitigt. Unterstützend hat der Kommunale Ordnungsdienst seine Präsenz in diesem Bereich der Promenade phasenweise deutlich ausgeweitet. Auch wurde der Grünbewuchs an einigen Stellen zurückgeschnitten, um kriminalitätsfördernde Aspekte zu verringern.

Die genannten Maßnahmen verfolgen alle das Ziel, die Flächen möglichst unattraktiv für störende Gruppen zu machen und so Sicherheit zu gewährleisten und Angsträume zu reduzieren. Die Durchführung dieser Maßnahmen hat sich bewährt.

Im Sinne einer anzustrebenden Normalität ist vor wenigen Wochen ein kleinerer Teil der abgebauten Sitzmöglichkeiten zurückgekehrt und die Einzäunung am Hotel Mauritzhof entfernt worden. Ordnungsbehördliche Kontrollen erscheinen weiterhin und sind möglicherweise dauerhaft erforderlich. Diese werden in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium zeitnah den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Als weitere Möglichkeit von gemeinsamen Vorgehensweisen von Polizei und KOD wird derzeit auf fachlicher Ebene die Option gemeinsamer Lärmstreifen erörtert. Insbesondere Free Base-Konsumierende sind mehrere Tage dauerhaft im Bahnhofsbereich aktiv und verursachen störenden Lärm, der über eine reguläre Lärmkulisse des Bahnhofsviertels hinausgeht. Eine Entscheidung hierzu soll alsbald abschließend erzielt werden.

Um der Situation der störend abgestellten Fahrräder insbesondere auf der Ost-Seite des Bahnhofs zu begegnen, nutzt der Fahrradkontrolldienst seit März des Jahres die Flächen im Erdgeschoss des Parkhauses am Bremer Platz. Behindernd abgestellte Fahrräder, die in der Vergangenheit mit deutlichem Aufwand in die Fundfahrradstation am Industrieweg verbracht werden mussten, können durch den Fahrradkontrolldienst jetzt auf kurzen Wegen im Parkhaus der Westfälischen Bauindustrie GmbH am Bremer Platz abgestellt werden, um die Sauberkeit und das Erscheinungsbild zu verbessern. In das Parkhaus versetzte Räder können dort zurzeit montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 10 Uhr morgens abgeholt werden. Ansonsten ist der Bereich im Parkhaus verschlossen. Die versetzten Räder werden vom Ordnungsamt nicht registriert. Nach den ersten positiven Erfahrungen ist beabsichtigt, die Kontrollen auf die Straßen rund um den Bremer Platz auszudehnen. Diese Zusatzleistung ist mit bis zum 31.03.2025 befristet eingestelltem Personal abgesichert. Ordnungswidrig abgestellte Räder aus anderen Gebieten der Stadt werden weiterhin in die Fundfahrradstation gebracht.

Aktuell wird im Rahmen intensiverer Kontrollen gemeinsam mit dem Kontrolldienst der ISG Bahnhofsviertel sowie im Rahmen einer Neumarkierung der zulässigen Abstellflächen für Fahrräder in der Windthorststraße eine bessere Ordnung und Nutzbarkeit der Fußgängerzone dort angestrebt. Zusammen mit mehr Rücksichtnahme und besserer Reinigung in diesem Bereich kann so ein Beitrag zu mehr Aufenthaltsqualität gelingen.

Vertreterinnen und Vertreter des Ordnungsamtes nehmen an den verschiedenen Austauschformaten unter der Federführung des Quartiersmanagements zur Thematik „Bremer Platz“ teil und sind Mitglied in der Ordnungspartnerschaft „Hauptbahnhof/Illegale Drogen“ sowie der erwähnten Kerngruppe. Gleichzeitig ist auch durch die regelmäßigen persönlichen Gespräche mit der Streetwork des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien, der mobilen Quartiersarbeit sowie insbesondere durch den direkten Austausch und die Abstimmung mit allen Beteiligten im Bedarfsfall schon heute eine sehr enge Verknüpfung zwischen dem pädagogisch-sozialarbeiterischen und dem ordnungsbehördlichen Ansatz sichergestellt.

Aufgrund dieser positiven Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart soll die intensive Zusammenarbeit zwischen „Sozialer Arbeit“ und Kommunalem Ordnungsdienst (KOD) wie bewährt fortgeführt werden.

Ergänzend sollen auch einige der Maßnahmen, die in originärer und alleiniger Zuständigkeit des Polizeipräsidiums liegen und zu einer positiven Beeinflussung des Sicherheitsgefühls beitragen, nachfolgend exemplarisch benannt werden:

a) Informationsveranstaltung für Gewerbetreibende und Immobilienbesitzer/-innen

Die Polizei informiert über Sicherungsmöglichkeiten von Gebäuden, um das Kriminalitätsgeschehen durch zielgerichtete Sicherung von Immobilien zu verringern und damit langfristig das Sicherheitsgefühl zu verbessern.

b) Beschleunigte Verfahren

Bei Polizei und Staatsanwaltschaft wurden Strukturen geschaffen, die bereits zu einer gestiegenen Anzahl von sogenannten beschleunigten Verfahren geführt haben. Bei diesen Verfahren wurde durch Optimierung von Abläufen bei Polizei und Staatsanwaltschaft delinquentes Verfahren unmittelbar sanktioniert; durch den Grundsatz „die Strafe folgt auf dem Fuße“ werden Sogwirkungen aus dem Umland minimiert.

c) Videobeobachtungsanlagen

In der Windthorststraße und der Achtermannstraße starteten Mitte März 2024 - mit Unterbrechung für einen Einsatz im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft - zwei Videobeobachtungsanlagen mit Interventionsteams vor Ort. Darüber hinaus wurde eine zusätzliche Ermittlungskommission gegen Betäubungsmittel-Kriminalität eingerichtet, die intensiv mit dem Interventionsteam zusammenarbeitet.

Dadurch kann auch ohne das Instrument der Videobeobachtung der Kontrolldruck so hoch wie möglich gehalten werden.

d) Schwerpunkteinsätze mit der Bundespolizei

Im Umfeld des Hauptbahnhofs finden abgestimmte Schwerpunkteinsätze von Polizei und Bundespolizei statt, sodass störenden Szenegruppen mit zielgerichteten Maßnahmen begegnet und der Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konsequent und niedrigschwellig entgegengewirkt werden kann.

Bezüglich des im Ratsantrag genannten Ziels einer Reduzierung von Angsträumen wird zum Themenfeld Sicherheit und Ordnung abschließend insbesondere auf die unter Ziffer 1 genannte INSEK Münster-Innenstadt-Maßnahmen M 2.17 „Umgestaltung Berliner Platz/Bahnhofsvorplatz“ und M 4.59 „Erstellung Konzept gegen Angsträume“ hingewiesen.

3. Sauberkeit

Es gibt wissenschaftliche Hinweise darauf, dass Menschen ihr Verhalten an die Umgebung anpassen (sog. Broken Windows Theorie). Wenn gehäuft Schmutz oder Müll herumliegt, sinkt das Interesse, eigenen Müll angemessen zu entsorgen. Vielmehr verleitet es auch andere Menschen dazu, ihren Müll achtlos wegzuworfen. Sauberkeit durch häufige Reinigung vermittelt hingegen, dass die Menschen auf ihre Wohnumgebung achtgeben und Fehlverhalten sozial sanktioniert wird. Dadurch kann das Sicherheitsempfinden der Anwohnenden erhöht werden.

a) Bahnhofsbereich

Im Bahnhofsbereich wird eine sechsmalige Vollreinigung wöchentlich durch die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM) durchgeführt. Darüber hinaus wird der Bereich von drei Mitarbeitenden mit einem Gluttonsauger begangen, einem Elektro-Abfallsauger, der mit einem Saugrohr jegliche Abfälle von verschiedenen Untergründen auch an schwer zugänglichen Stellen einsaugt. Probleme bereitet der AWM die Müllbeseitigung zwischen den zahlreichen im Umfeld abgestellten Fahrrädern bzw. unter und zwischen geparkten Autos.

Im Bereich des Bremer Platzes sind inzwischen ausschließlich selbstpressende Solarpapierkörbe mit 60 L Fassungsvermögen installiert. Diese werden täglich geleert, so dass das Volumen ausreichend ist. Lediglich an einer Bushaltestelle hängt noch ein Papierkorb, welcher durch einen Solarpapierkorb ersetzt werden soll. Im Bereich des Bremer Platzes/Ecke Schillerstraße wird bei Bedarf noch ein zusätzlicher Solarpapierkorb installiert werden. Zudem ist es nach der Umgestaltung möglich, die befestigten Wege des Bremer Platzes mittels Kehrmaschine zu reinigen.

b) Bremer Platz

Im Jahr 2016 wurde der Bremer Platz noch im Zuge der reinen Grünflächenpflege (Rasenschnitt, Beetpflege etc.) von Müll befreit. Aufgrund von bereits damals steigendem Müllaufkommen wurden in der Ordnungspartnerschaft zusätzliche Reinigungen initiiert. Ergänzend zu den reinen Grünpflegearbeiten wurde durch das Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit eine Reinigungsfirma beauftragt, in den Zeiträumen Januar bis März sowie Oktober bis Dezember dreimal wöchentlich (Mo / Mi / Sa) und von April bis September viermal wöchentlich (Mo / Mi / Fr / Sa) den Platz zu reinigen. Die Kosten für die Reinigung des eigentlichen Bremer Platzes durch eine Reinigungsfirma in den vorgenannten Intervallen (3 bzw. 4 x/Woche) beliefen sich bisher auf ca. 40.000 € brutto pro Jahr (Stand 2023). Im Sommer 2022 verschlechterte sich die Situation phasenweise. Daher wurden die Intervalle auf bis zu sechsfache Reinigungsgänge situativ angepasst.

Die Sauberkeit des Bremer Platzes ist für die Umsetzung der Konzeption, die der Neugestaltung des Platzes zugrunde liegt, insbesondere aber auch für die Akzeptanz des Szenebereiches sowie die

Nutzung des Platzes durch die Anwohnenden und die Schule von immenser Bedeutung. Bereits beim Werkstattverfahren zur Gestaltung der Grünfläche und bei der Detailplanung am Runden Tisch für den Stadtraum wurde festgestellt, dass die aktive Nutzung und Annahme der sensiblen Grünfläche am Bahnhof als Freizeitareal, insbesondere an den Wochenendtagen, entscheidend von der Sauberkeit und dem Sicherheitsempfinden abhängen wird.

In dem durch die Universität Tübingen erstellten „Gutachten zur städtebaulichen Kriminalprävention am Bremer Platz“ von Februar 2022 wird die Korrelation zwischen Ordnung und Sauberkeit benannt: „Schon aktuell ist eine intensive Reinigung des Platzes notwendig, um ein gewisses Maß an Sauberkeit zu erhalten. Mit der Umgestaltung des Platzes werden die Anforderungen an Sauberkeit voraussichtlich zunehmen...“. Weiterhin wird aufgeführt: „Ein kritischer Faktor ist liegengebliebenes Drogenbesteck.“

(Auch) der gemeinsame Workshop von Stadt und Polizeipräsidium Münster kommt in seiner Sitzung im Februar 2024 zur Empfehlung, die „Reinigungsintervalle zu überprüfen und zu optimieren“.

In einer nachfolgenden verwaltungsinternen Abstimmung wurde vereinbart, dass sowohl die tägliche Reinigung der am Bremer Platz vorhandenen Toiletten, als auch eine tägliche Reinigung der Grünfläche alternativlos für ein gutes Gelingen eines Nebeneinanders innerhalb der Grünfläche sind. Die dafür entstehenden Kosten werden aktuell aus den Budgets der beteiligten Ämter finanziert.

Lediglich ergänzend trägt auch ein von der Verwaltung im laufenden Jahr projektfinanziertes so genanntes „Tagelöhnerprojekt“ (pädagogisch begleitete Arbeitseinsätze Szenezugehöriger zum Beispiel für Pflege- und Reinigungsarbeiten) mit seiner sozialen Ausrichtung dazu bei, dass Szenezugehörige sich mit der Fläche am Bremer Platz identifizieren und aus diesem Grund an einer Reinigung der Fläche beteiligen. Die für eine Verstetigung dieses Projekts und eine Erweiterung auf zwei Einsätze wöchentlich erforderlichen Mittel in Höhe von jährlich 18.200 € werden zum Haushaltsplan-Entwurf 2025 angemeldet.

Weitere Informationen zum Projekt gibt es unter II. Ziffer 5.

4. Attraktivität des Bahnhofsumfelds (West- und Ost-Seite) durch Gestaltung und Aktionen

Grünflächen, gastronomische Angebote und großzügige öffentliche Plätze, die von Bürgerinnen und Bürgern als Verweilzonen angenommen werden, erzeugen einen einladenden Charakter und sichern soziale Kontrolle. Attraktivität im öffentlichen Raum steigert die Frequenz, erhöht die Aufenthaltsqualität und wirkt sich damit unmittelbar positiv auf subjektives Sicherheitsempfinden aus. Vielfältige Nutzungserwartungen unterschiedlicher sozialer Gruppen können zu Konflikten führen: Die Aufstellung von Bänken kann als Beitrag zur Aufenthaltsqualität betrachtet werden, gleichzeitig aber auch als Einladung für „problematische Gruppierungen“ missverstanden werden.

Die Empfehlung des Ratsantrages, zeitnah mehr temporäres Stadtgrün wie mobile Bäume oder Bäume auf der westlichen Bahnhofseite zu etablieren, ist sicher wünschenswert. Ein im INSEK Münster-Innenstadt verankertes grundsätzliches Ziel der Zukunftsentwicklung der Innenstadt ist es, die Durchgrünung zu erhöhen und weitere nicht-kommerzielle Aufenthaltsangebote im öffentlichen Raum zu etablieren. Die Realisierung dieses Ziels wird mittels temporärer Angebotsformate (wie z. B. der Domplatz-Oase) oder im Rahmen der langfristigen Umgestaltung von Stadträumen realisiert bzw. angestrebt.

Standorte für eine dauerhafte Baumpflanzung im Bahnhofsumfeld werden aufgrund der Leitungsproblematik im Boden vermutlich kaum zu finden sein. Hier sind ggf. weitergehende umfangreiche Erkundungen erforderlich.

Im September 2023 hat die Wirtschaftsförderung Münster GmbH gemeinsam mit dem Ordnungsamt und Münster Marketing einen Vor-Ort-Termin auf der Windthorststraße durchgeführt. Bei der Be-

gehung auf dem Straßenabschnitt zwischen Bahnhofstraße und Von-Vincke-Straße wurde festgestellt, dass mit einer Ausnahme alle ansässigen Gastronomiebetriebe über außergastronomische Nutzungsgenehmigungen verfügen und diese auch nutzen. Für die Gastronomie, die zu dem Zeitpunkt der Begehung noch über keine Genehmigung verfügte, wurde kurze Zeit später ein Antrag eingereicht und ebenfalls positiv beschieden.

Für das Nebeneinander von Szeneaufenthalt und der öffentlichen Grünfläche am Bremer Platz ist eine Belebung des öffentlichen Bereiches notwendig. Um die Idee einer Platznutzung für alle Bürgerinnen und Bürger umzusetzen, bedarf es zudem einer kontinuierlichen Begleitung und kreativer Ideen, um den Spagat zwischen allen Nutzer/-innengruppen zu gewährleisten. Gemeinsam mit den Akteur/-innen und interessierten Beteiligten wird das Quartiersmanagement die Belebung und Nutzung des Bremer Platzes koordinierend begleiten. Gastronomische Angebote oder kulturelle Veranstaltungen können die soziale Kontrolle in diesem Umfeld stärken.

Darüber hinaus sind folgende Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt worden und/oder in Planung, um auch hierüber eine höhere Aufenthaltsqualität und -frequenz erreichen zu können:

- Zur Etablierung eines „Runden Tisches West-Seite Bahnhofsviertel“ wird auf II. 1 b) verwiesen.
- Die Interessen- und Standortgemeinschaft Bahnhofsviertel Münster e.V. (ISG) beabsichtigt die Durchführung eines Bahnhofsviertelfestes in der Engelenschanze, um die Identifikation der Anwohnenden, Gewerbetreibenden und weiteren Beteiligten mit dem Viertel zu stärken.
- Das Quartiersmanagement begleitet neben der Kommunikation mit verschiedenen Interessen- und Nutzer/-innengruppen sowie Anwohnenden auch die Durchführung von (kulturellen) Aktionen und Freizeitaktivitäten am Bremer Platz und etabliert auch eigene Veranstaltungen, z. B. „Poesie für die Szene“, „Picknick im Park“ oder zum Beispiel „Dämmer Dinner“.

5. Suchtberatungs-, Konsum- und Therapieangebote als Teil einer Drogenpolitik

Die Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik verfolgt einen integrativen Ansatz der Suchtpolitik und umfasst dabei vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Schadensreduzierung sowie Angebotsreduzierung und Strafverfolgung. Die ersten drei Bereiche werden durch die städtische Drogenhilfe in Kooperation mit anderen Institutionen abgedeckt.

Drogenhilfezentrum INDRO e.V.

Der Verein INDRO e.V. ist Träger eines niedrigschwelligen Drogenhilfezentrums, das seit mehr als 30 Jahren mit vielfältigen Angeboten einen Schutzraum für drogenabhängige Menschen bietet. An seinem Standort in der Bremer Straße stehen ein Drogenkonsumraum mit Drogentherapeutischer Ambulanz und niedrigschwellige Suchtberatung zur Verfügung.

Durch städtische finanzielle Unterstützung für INDRO e.V. konnten Bereiche der aufsuchenden Sozialarbeit personell verstärkt werden. Konzeptionell wurde sich dabei an folgenden Zielsetzungen orientiert:

- Angebote zur elementaren Grundversorgung sind existent, erreichbar und werden genutzt.
- Weiterführende Hilfen sind trotz Krankheit / Behinderung erreichbar; gesellschaftliche Teilhabe findet statt, medizinische Versorgung wird in Anspruch genommen.

Konkret wurden folgende Bereiche personell verstärkt:

- a) Aufsuchende Arbeit in der Szene am Bremer Platz (v. a. Crack-/Free Base-Szene, 2 x 15 Std. + 1 x 10 Std.)

Hierbei handelt es sich um ein gänzlich neu geschaffenes Arbeitsfeld des INDRO e.V., bei dem die zur Verfügung stehenden 40 Stunden wöchentlich auf drei Personen aufgeteilt wurden. Zweimal 15 Stunden, die montags bis freitags je drei Stunden täglich eingesetzt werden und einmal 10 Stunden für die Hintergrundarbeit (Projektkoordination, Teilnahme an Arbeitskreisen, Evaluation und Projektentwicklung). Ziele der aufsuchenden Arbeit sind, einen Zugang zur Szene zu erreichen, um den betroffenen Menschen Angebote der elementaren Grundversorgung sowie weitergehende Hilfen zur gesellschaftlichen Teilhabe und medizinischen Grundversorgung zu offerieren und darauf einzuwirken, dass diese auch angenommen werden. Nach einer ersten Evaluation der aufsuchenden Sozialarbeit zeigte sich, dass der Beziehungsaufbau gerade auch zu der Gruppe, zu welcher bisher kein bzw. kaum Kontakt bestand, sehr gut funktioniert.

Bei bereits bestehender sozialer Beziehung werden die Mitarbeitenden viel und umfassend angesprochen. Neben zahlreichen Beratungsgesprächen konnten auch gezielte Vermittlungen und Begleitungen stattfinden. Insbesondere die Begleitungen zu Arztterminen, Behörden etc. nehmen viel Zeit der aufsuchenden Sozialarbeit in Anspruch, da sie gut wahrgenommen werden. Dieser Aspekt ist besonders hervorzuheben, da die Vermittlung an weiterführenden Hilfen ohne Begleitung trotz des Wunsches von Betroffenen oftmals scheitert und INDRO e.V. ein solches Angebot bislang lediglich über Praktikant/-innen organisieren konnte. Eine Begleitung über Fachkräfte gestaltet sich deutlich reibungsloser und nimmt letztendlich weniger Zeit und Arbeit in Anspruch als die Koordination von Nicht-Fachkräften.

Bereits jetzt zeigt sich, dass der Bedarf an Hilfen direkt an/auf der offenen Drogenszene wesentlich größer ist, als mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen abgedeckt werden kann. Die Bedarfserhebung steht jedoch noch am Anfang.

b) Ergänzungsstelle für die Arbeit der Drogentherapeutischen Ambulanz (1 x 30 Std.)

Die zusätzlichen 30 Stunden wöchentlich für die Drogentherapeutische Ambulanz (DTA) ergänzen und unterstützen das Team des Konsumraums. Die Drogentherapeutische Ambulanz ist nun entsprechend der Konsumraumzeiten geöffnet und personell so ausgestattet, wie es die dazu bestehende Landesverordnung vorgibt. Eine adäquate Personalsituation ist jedoch immer noch nicht gegeben. Die Arbeitsbelastung ist mittlerweile so gestiegen, dass drei Mitarbeitende erforderlich sind, um diesen Bereich gut bedienen zu können. Bei Krankheitsausfällen und in Urlaubszeiten ist das oftmals nicht zu gewährleisten.

c) Ergänzungsstelle für die Arbeit in der niedrigschwelligen Beratung (1 x 30 Std.)

Die Drogenszene in Münster ist in den letzten Jahren zunehmend größer geworden. Hinzu kommt, dass sie sich auch noch qualitativ deutlich verändert hat. Sie ist internationaler geworden (was andere administrative Herausforderungen und Sprachbarrieren mit sich bringt), die Menschen sind deutlich verelendeter, körperlich im Durchschnitt wesentlich kränker, psychisch zum Teil wesentlich auffälliger. Es wird ein Anstieg der Zahl von Menschen mit Psychosen und sogenannten Systemsprengern wahrgenommen. In den Beratungsbüros finden monatlich ca. 900 Kontakte statt; täglich (Mo - Fr) also ca. 40 Beratungsgespräche. Die niedrigschwellige Beratung in den Räumen des INDRO e.V. stand vor riesigen Herausforderungen, die die Mitarbeitenden kaum noch bewältigen konnten. Die Beratungsbüros waren massiv überlaufen. Diese Situation der Unterbesetzung im Beratungsbereich wurde nun mit den ergänzend zur Verfügung stehenden 30 Stunden wöchentlich etwas abgedeutert.

Ein bedarfsgerechter Ausbau der Angebote und Hilfen des niedrigschwelligen Drogenhilfezentrums INDRO e.V. steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erweiterung der Räumlichkeiten des Vereins. Nach intensiver Recherche in den vergangenen Jahren konnte im Februar 2023 das Gebäude Bremer Platz 16 neben INDRO angemietet werden. Der Mietvertrag war zunächst auf ein Jahr bis zum 31.01.2024 befristet und wurde seitdem fortlaufend verlängert. Nach intensiven Kaufverhandlungen zeichnet sich derzeit keine Einigung ab. Zwischenzeitlich wird die Option einer alternativen Immobilie in unmittelbarer Nähe zum Bremer Platz durch die Verwaltung geprüft.

Das Obergeschoss des temporär angemieteten Gebäudes wurde für eine kurzfristige Nutzung für Büroräumlichkeiten provisorisch hergerichtet und wird vom INDRO e.V. seit September 2023 für die Beratung genutzt. Die Räumlichkeiten im Erdgeschoss können nicht genutzt werden, da hierfür die bauaufsichtliche Genehmigung einer Nutzungsänderung sowie Elektromaßnahmen wie auch Arbeiten im sanitären Bereich notwendig gewesen wären.

Empfehlungspapier Crack/Free Base

Wie bereits in der Ausgangssituation beschrieben, stellt die neue Konsumform die Drogenberatung vor eine große Herausforderung, die neue Konzepte für aufsuchende und unterstützende Drogenberatungsangebote erfordert. Unter der Expertise von qualifizierten Trägern der Drogenhilfe, Vertretern/-innen der Gesundheitsvorsorge und Vertretern/-innen der Ordnungsbehörden wurde unter der Fragestellung „Soziale und (sucht-) medizinische Hilfen für Crack-Konsumierende in Münster“ ein Papier „Crack/Free Base“ erarbeitet, das als Empfehlungspapier dienen soll und eine (erste) Maßnahmenliste enthält.

In den Arbeitstreffen der Expert/-innengruppe wurden neben einer Problembeschreibung der Ausgangslage vorhandene Hilfsangebote analysiert. Darauf aufbauend wurden die zielgruppenspezifischen Bedarfe aus Sicht der beteiligten Professionen ermittelt. Diese Bedarfsermittlung diente als Grundlage für die daraus abgeleiteten Empfehlungen, die sich in ihrer Struktur und den wesentlichen Zielen an den Säulen der nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik orientieren: Suchtpräventive Maßnahmen, Maßnahmen zur Schadensreduzierung sowie Beratung und Behandlung als ausstiegsorientierte Maßnahmen.

Erste Maßnahmen wie die aufsuchende Drogensozialarbeit, die Optimierung aufsuchender medizinischer Hilfen oder niedrigschwelligere Zugänge in die Beratung wurden bereits ganz oder in Teilen umgesetzt, andere befinden sich in der Vorbereitung. In weiteren Schritten wird das Polizeipräsidium Münster einbezogen und ein mögliches weiteres Vorgehen sowie eine konkrete Umsetzung vor Ort abgestimmt werden. Dafür ist ein weiteres Treffen im Herbst terminiert, in dem noch offene Arbeitsaufträge identifiziert und federführende Zuständigkeiten abgestimmt werden sollen.

Insbesondere der gesundheitlichen Betreuung der schwer abhängigen Menschen im Wege der Schadenreduzierung kommt eine besondere Rolle zu. Derzeit gibt es Angebote eines Mobilien Dienstes der Bischof-Hermann-Stiftung, der im Haus der Wohnungslosenhilfe (HdW) angesiedelt ist und schwerpunktmäßig wohnungslose Menschen betreut, die gesundheitlich behandlungsbedürftig sind und nicht anderweitig medizinisch und pflegerisch versorgt werden. Der Mobile Dienst, bestehend aus einer Krankenschwester (33 Wochenstunden) und zwei Fachärzten (je 6 Wochenstunden), hat dabei die Aufgabe, Menschen aufzusuchen, Kontakt herzustellen und eine medizinische Erstversorgung zu leisten.

Insgesamt ist festzustellen, dass es mit einer Diagnose und/oder Akut- bzw. Notfallversorgung der Menschen in vielen Fällen nicht (mehr) getan ist. Vielmehr bedarf es zunehmend einer stetigen all-gemeinmedizinischen Versorgung und Betreuung, unterstützt durch eine fachärztliche Begleitung. Bestehende Angebote sollten insoweit fortgeführt, weiterentwickelt bzw. sinnvollerweise ergänzt werden.

Darüber hinaus gibt es ein ergänzendes sozialarbeiterisches Beratungsangebot, das durch das HdW organisiert wird. Dieses Team besteht aus einer Sozialarbeiterin und einer Krankenschwester, unterstützt durch ein Wetterschutzteam, einer Kooperation zwischen Bischof-Hermann-Stiftung, Sozialdienst katholischer Frauen und Sozialamt, das aus mehreren Honorarkräften besteht. Es wird eine begleitende psychosoziale und gesundheitsbezogene Betreuung angeboten.

Tagelöhnerprojekt des Quartiersmanagements

Wie schon mehrfach angesprochen, spielt das Thema Sauberkeit eine erhebliche Rolle für die Akzeptanz des Bremer Platzes. Daher wurde die Idee eines so genannten Tagelöhnerprojektes für die Dro-

genszene des Bremer Platzes adaptiert, in dem die Szene so in die Lösung eines Problems eingebunden werden kann, dass viele in mangelnder Sauberkeit und Ordnung auf dem Platz sehen.

Seit Wiedereröffnung des nördlichen Teils des Bremer Platzes führen szenezugehörige Menschen einmal wöchentlich Reinigungsarbeiten unter pädagogischer Begleitung von Mitarbeitenden der Arbeitsgemeinschaft Betriebssozialarbeit e.V. (AGBSA) durch, der als Verein die soziale und berufliche Integration arbeitsuchender Menschen zu seiner Aufgabe gemacht hat. Diese Arbeiten sollen perspektivisch auf den ganzen Platz ausgedehnt werden. Von Beginn an werden die Mitarbeitenden der AGBSA durch die Fachkräfte der mobilen Quartiersarbeit des Sozialamtes unterstützt, um den Zugang zur Szene herzustellen, Ansprachen zu erleichtern und zur Mitarbeit zu motivieren.

Das Projekt „Tagelöhner“ richtet sich an Menschen in schwierigen Wohn- und Lebenssituationen ebenso wie an suchtkranke Menschen, die in Aufräumarbeiten auf dem Bremer Platz eingebunden werden sollen und dafür eine kleine Aufwandsentschädigung erhalten („Tagelohn“).

Durch die Erfahrung der AGBSA werden in Gesprächen oftmals auch persönliche Themen angesprochen und Vertrauen wird zu den Menschen aufgebaut, die sich beteiligen. Die Szenezugehörigen werden aber auch aufgesucht, um sie auf die vielfältigen, bestehenden Unterstützungsangebote (z. B. medizinische Versorgung, Ausstiegshilfen, Therapieangebote) hinzuweisen. Die ersten Erfahrungen sind positiv und der Projektansatz sowie der Umfang soll im Laufe des Projekts evaluiert werden.

Folgende Ergebnisse konnten bis jetzt erzielt werden:

- Bei jedem Treffen können zwei bis drei szenezugehörige Menschen motiviert werden, bei der Reinigung des Platzes zu helfen.
- Ein szenezugehöriger Mensch konnte an ein bestehendes Angebot der AGBSA angebunden werden und arbeitet dort täglich in einer Einrichtung.
- Ein Treffen musste aufgrund der aggressiven Stimmung auf der Fläche abgebrochen werden. Auslöser war die Enge unter dem Wetterschutz.

Diese Ergebnisse und der Umfang der Teilnahme szenezugehöriger Menschen können bei dem besonderen Adressatenkreis durchaus als erfolgreich angesehen werden. Daher ist es auch Sicht der Verwaltung wünschenswert, dieses Projekt zu verstetigen und auf einen zweimal wöchentlichen Einsatz auszuweiten.

Kalkulation der Kosten für eine Verstetigung und Erweiterung des Tagelöhnerprojektes pro Jahr, zwei Einsätze wöchentlich:

Position	pro Woche	pro Jahr
Kosten pädagogische Kraft	160,00 €	8.320 €
Kosten Anleitung	60,00 €	3.120 €
Verbrauchskosten und ggf. Entsorgungskosten	100,00 €	5.200 €
„Tagelohn“ für 10 Personen (pro Termin 5 Personen)	30,00 €	1.560 €
Gesamt	350,00 €	18.200 €

Der Preis beinhaltet die Kosten für das eingesetzte Personal (pädagogische Fachkraft Anleitung, Overhead) plus Material, z. B. Zangen, Müllbeutel, Handschuhe, spezielle Entsorgungsboxen für Spritzen, KFZ-Kosten, Entsorgungskosten etc. Je teilnehmende Person kommen dann pro Termin und abgeleitete Stunde noch 3,00 € „Tagelohn“ hinzu. Es wird davon ausgegangen, dass perspektivisch pro Termin jeweils bis zu 5 Teilnehmende aktiviert werden können. Dieser Posten versteht sich jedoch als variabler Wert, der bei Bedarf je nach Zahl der Teilnehmenden flexibel angepasst werden kann.

III. Ausblick

Die obigen Ausführungen zeigen, dass es einer Vielzahl von Maßnahmen und konzeptioneller Abstimmungen vieler Akteure innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung bedarf, um den großen Herausforderungen im Bereich des Hauptbahnhofes kontinuierlich und vor allem nachhaltig begegnen zu können.

Die Situation im Bahnhofsumfeld wird sicherlich auch weiterhin für alle Beteiligten herausfordernd bleiben.

Daher werden auch perspektivisch die beschriebenen Schritte fortgeführt, regelmäßig evaluiert und den sich häufig wechselnden Rahmenbedingungen angepasst. Es findet also eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Maßnahmen und der Zusammenarbeit der jeweiligen handelnden Behörden und Institutionen statt, über die künftig regelmäßig berichtet werden soll.

I. V.

gez.

Cornelia Wilkens
Stadträtin

Anlagen:

Anlage A

Anlage 1 – Ratsantrag A-R/0027/2023

Anlage 2 – Schaubild Kommunikation, Beschwerdemanagement, Bürgerbeteiligung